

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Instr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

Nr. 31.

Dienstag, den 12. März

1901.

Der erste diesjährige

Bezirkstag

wird

Mittwoch, den 20. März 1901,

von Vormittags 1/2 12 Uhr an

im Sitzungssaale der unterzeichneten Behörde abgehalten werden.

Die Verhandlungen sind öffentlich.

Schwarzenberg, am 8. März 1901.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Arug von Ridda.

Den Arbeiterschutz auf Bauten betr.

Nachstehend wird der 1. Nachtrag zu der Polizeiverordnung, betreffend den Arbeiterschutz auf Bauten, vom 1. Dezember 1900 bekannt gegeben.

Derselbe tritt sofort mit seiner Bekanntmachung in Kraft.
Eibenstock, den 11. März 1901.

Der Rath der Stadt.
Sesse.

I. Nachtrag

zu der Polizeiverordnung, betr. den Arbeiterschutz auf Bauten, vom 1. Dezember 1900.

Punkt 10 erhält folgende Fassung:

Die Durchführung vorstehender Bestimmungen wird nach § 140 Absatz 2 des Allgemeinen Baugesetzes durch Androhung und Vollstreckung von Geldstrafen bis zu eintausend Mark oder von Haftstrafen bis zu sechs Wochen oder durch Verhängung des Bauverbotes erfolgen.

Eibenstock, den 11. März 1901.

Der Rath der Stadt.

L. S.

Sesse.

Müller.

Der neue Zolltarif,

der dieser Tage den Bundesregierungen zugegangen ist und demnächst den Bundesrath beschäftigen dürfte, wird zunächst amtlich geheim gehalten, was jedoch nicht ausschließt, daß dennoch etwas „durchsickert.“

Das meiste Interesse wendet sich natürlich den landwirtschaftlichen Zöllen zu. Ihre Erhöhung bildet ja schon seit langer Zeit den Gegenstand nicht nur lebhafter, sondern erregter Erörterungen. Es ist selbstverständlich, daß öffentliche Kundgebungen irgend welchen Einflusses auf die Entschlüsse der verbündeten Regierungen und des Reichstages nicht ausüben können. An Stelle der bisher üblichen Wendung von einer „den Bedürfnissen der Landwirtschaft entsprechenden Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle“, welche es vermied, bestimmte Zahlen zu nennen, werden nunmehr jedoch bald diese Zahlen treten müssen.

Wenn man davon absieht, daß mit Ausnahme der Sozialdemokraten keine Partei die gänzliche Abschaffung der Getreidezölle fordert, so bleiben immer noch drei Gruppen bestehen, die, jede für sich, eine andere Regelung der Angelegenheit verlangen. Die einen wollen den bisherigen Satz von 3,50 M. erhalten wissen, die andern wollen einen Betrag von 7—8 M. an dessen Stelle setzen und die dritte Gruppe vertritt eine Erhöhung der Zölle um 2—2,50 M., das heißt also eine Festsetzung der Getreidezölle auf 5,50—6 M. — Nach der „Verl. Vörl.-Ztg.“ dürften sich die Vorschläge der verbündeten Regierungen innerhalb der letztgenannten Zahlen halten und man glaubt, daß hierfür im Reichstag ebenso wie im Bundesrath eine sichere Majorität vorhanden ist. Nichtsdestoweniger werden voraussichtlich lange und eingehende Erörterungen notwendig werden, ehe der neue Zolltarif zur Verabschiedung gelangen wird. Je weniger erregt diese Erörterungen, auch außerhalb des Parlaments, geführt werden, desto besser ist es.

Es ist wohl anzunehmen, daß auch innerhalb der Reichsregierung diese Meinung vorherrscht und daß darum das Bestreben der wirtschaftlichen Vertretungen, der neue Zolltarif möge, ehe er in den Reichstag kommt, veröffentlicht werden, damit die einzelnen Interessenten sich zu demselben äußern könnten, seine Aussicht auf Verwirklichung hat. Es wäre dies auch in dem jetzigen Stadium ziemlich überflüssig und würde nur eine Verzögerung in der Fertigstellung der Arbeiten zur Folge gehabt haben.

Die Aufstellung des neuen Tarifs hat unter Mitwirkung des Wirtschaftlichen Ausschusses, das heißt der berufenen Vertreter der Interessenten des Handels, der Landwirtschaft und der Industrie, stattgefunden, und es wird sicherlich Niemand der Meinung sein, daß die Arbeit des Wirtschaftlichen Ausschusses gethan sei. Im Gegentheil, daß gerade jetzt, wo der Zolltarif, der so tief in alle wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes einschneidet, in die letzten Stadien gelangt, ist der Wirtschaftliche Ausschuss notwendig und wird berufen sein, Schwierigkeiten, die sich sicherlich ergeben werden, mit beiseitigen zu helfen. So war es auch mit der Zolltarifkommission im Jahre 1879, und so wird und muß es auch jetzt gehalten werden.

Wenn im Bundesrath und später im Reichstag bei den Beratungen das sach- und sachgemäße Urtheil der direkt Beteiligten erforderlich wird, so ist der Wirtschaftliche Ausschuss die berufene Instanz, an die heranzutreten ist und die auch, abgesehen von der praktischen Kenntniss der in Betracht kommenden Verhältnisse, vermöge ihrer jahrelangen Mitwirkung bei der Reugestaltung des Tarifs, die Sicherheit gewährt, daß Vorschläge unter Berücksichtigung der allgemeinen Verhältnisse gemacht werden.

Man darf nicht außer Acht lassen, daß der neue Zolltarif auch neue Zölle für seit 1879 neu entstandene Industrien und ebenso einzelne, mitunter nicht unwesentliche Erhöhungen schon bestehender Industriezölle bringen wird, daß also die Diskussion sich nicht mehr wie bisher vornehmlich auf die landwirtschaftlichen Zölle erstrecken wird.

Wenngleich eine authentische Veröffentlichung des gesammten Tarifs vor seiner endgültigen Feststellung im Bundesrath nicht zu erwarten ist, so werden die Interessenten doch Gelegenheit haben, sich über die vorgeschlagenen einzelnen Zollpositionen zu äußern, sobald die Vorlage an den Reichstag gelangt sein wird.

Es wäre zu wünschen, daß die Erörterung sachlich bliebe und in ruhige Bahnen gelenkt würde. Sie hat leider schon jetzt eine Schärfe angenommen, welche bekanntlich sogar zu Einmischungen des Auslandes geführt hat.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Befinden Kaiser Wilhelms ist durchaus zufriedenstellend und nimmt die Heilung der Wunde, die der Monarch bei dem Vorfall in Bremen davontrug, einen normalen Verlauf. „Ich sehe aus, als wenn ich aus China käme,“ telegraphirte der Kaiser seinem Bruder Heinrich im Hinblick auf das verbundene Gesicht, und fügte zur Beruhigung hinzu, daß die Verletzung glücklicherweise nicht schlimm und daher eine Reise des Prinzen Heinrich nach Berlin nicht erforderlich sei.

— Bremen, 8. März. Boesmanns Telegr.-Bureau meldet: Die polizeilichen Akten über die Vernehmung Weiland wurden der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter übergeben. Trotzdem legt die Polizei ihre Recherchen und die Vernehmung von Zeugen unangeführt fort; jedoch hat sich nichts Neues ergeben, besonders ist keinerlei Anlaß vorhanden, der That irgendwelche politische Motive beizumessen. Der gerichtlichen Untersuchung wird unabweislich eine mehrwöchige Internierung des Weiland in einer Irrenanstalt folgen, um seinen geistigen Zustand ärztlicherseits zu beobachten und definitiv festzustellen.

— Frankreich. Der Hafenarbeiter-Ausstand in Marseille dauert noch fort. Unter dem Schutz bewaffneter Truppen mußte eine Anzahl Soldaten aufgeboden werden, um für die Befragungen von Bastia, Viteria und Tunis bestimmte Waaren und Lebensmittel zu verladen. Die Einigungsversuche zwischen Speditoren und Arbeitern sind gescheitert. Die Speditoren sind entschlossen, keine Konzession zu machen, und weigerten sich, den Weg mündlicher Erörterungen zu betreten. Die Ausständigen bestehen auf ihren Forderungen, widerstreben jedoch einer mündlichen Aussprache nicht.

— Rußland ist sehr ärgerlich darüber, daß die übrigen Mächte glauben, es wolle mit Zustimmung Chinas die Mandschurie, womöglich auch noch die Mongolei annektieren. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Rußland zeigt sich einfach als guter Nachbar. Da China gegenwärtig mit den Wirren, Hinrichtungen, Verhandlungen viel zu thun hat, so nimmt ihm Rußland einfach die Verwaltung der Mandschurie ab, erbaut daselbst Eisenbahnen und russische Kirchen, erhebt Zoll und Steuer, läßt nach der Landesart mit dem Bambus und nicht mit dem Rantschu bauen und nimmt für alle diese nachbarlichen Freundlichkeiten von China keinen Pfennig Entschädigung. Und da wollen sich die übrigen Großmächte einmischen! „Väterchen“ ist überhaupt gegen jede Einmischung. Denn als sich vor Kurzem Dm Krüger telegraphisch an ihn wandte und um seine Vermittlung mit England eruchte, lehnte der Zar dies Ansuchen mit dem Bemerkten ab: die Buren hätten ja den Krieg begonnen. Richtig, Väterchen, der Karmel hat angefangen. Die Buren hätten ruhig zu Hause bleiben und dort alles gasslich für den Empfang der englischen Söldner herrichten sollen. Da wäre viel, viel Blut und Geld unverloren geblieben, während sich heute die armen Engländer abquälen müssen, um in Transvaal für sich das Nothwendigste zu beschaffen.

— Korea. Der „Daily Mail“ wird aus Kobe gemeldet, in Masampo seien 600 Russen mit 10 Geschützen gelandet. Der Hafen von Masampo, der im südöstlichen Theile von Korea liegt, ist von besonderer strategischer Bedeutung, da er von den nächstgelegenen japanischen Inseln nur etwa 75 Kilometer entfernt ist und somit eine vorzügliche Operationsbasis gegen Japan bilden würde. Daher hat Japan mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung genommen, als Rußland von Korea die Abtretung des Hafens oder eines Theiles desselben verlangte. Aus den ziemlich langwierigen Verhandlungen ergab sich schließlich für Rußland nur der Erwerb einer sogenannten Konzession, wie sie die europäischen Mächte in verschiedenen chinesischen Hafenorten besitzen, d. h. also eine Niederlassung, die lediglich Friedenszwecken dienen und allenfalls noch eine Kohlenlagerung aufnehmen darf. Uebrigens verpflichtete sich Korea, die den Hafen von

Masampo beherrschende Insel Korjado an keine fremde Macht abzutreten. Es ist offenbar, daß auf Grund dieser Vereinbarungen eine Landung russischer Truppen rechtlich nicht zulässig ist. Die oben wiedergegebene Nachricht bedarf daher der näheren Erläuterung. Ueber die Haltung Japans gegenüber dem gemeldeten Vorgange verlautet noch nichts. Seine Aktionsfähigkeit wird einigermaßen beeinträchtigt durch die finanziellen Schwierigkeiten, unter denen der Staat zu leiden hat.

— China. Es hat den Anschein, als ob in den maßgebenden Kreisen der chinesischen Regierung die Feindschaft gegen die Verbündeten wieder im Wachen begriffen ist. Der kaiserliche Hof scheint seinen Sitz abermals zu verlegen und ihn dem Einfluß der europäischen Truppen noch mehr entrücken zu wollen. Ein Mandschuerritt bringt die Nachricht nach Peking, daß der chinesische Hof Vorbereitungen für die Einrichtung einer neuen Hauptstadt in Kaifeng, der Hauptstadt Honans am Gelben Fluß, trifft. Auch die Vögelbewegung lebt überall wieder auf, und die chinesischen Machthaber nehmen einen unerschämten Ton in ihrem Verkehr mit den Verbündeten an.

— Südafrika. Anberthals Jahre sind es jetzt gerade her, daß im Süden des schwarzen Erdtheiles jenes Ringen auf Leben und Tod begann, welches, im Anfang hin und her schwankend, sich schließlich doch zu Ungunsten der schwächeren Partei wenden sollte. Endlich, endlich scheint man nunmehr des grauen Spieles genug zu haben, anfänglich nur zaghaft und ungeliebt treten jetzt mit immer größerer Bestimmtheit die Nachrichten auf, daß die Buren geneigt seien, sich auf Verhandlungen mit den Engländern einzulassen. Sogar eine Art amtlicher Bestätigung liegt nunmehr vor, indem am Donnerstag in englischen Unterhause Balfour erklärte, daß mit dem Burengeneral Botha Unterhandlungen stattgefunden hätten, daß die Regierung aber nicht in der Lage sei, darüber augenblicklich irgend welche Mittheilungen zu machen. Wenn auch diese Erklärung etwas dunkel gehalten ist und nicht erkennen läßt, ob die Verhandlungen bereits wieder abgebrochen sind oder noch weiter geführt werden, so läßt die Reise Sir Milners, des Gouverneurs der Kapkolonie, nach Pretoria doch erkennen, daß etwas im Werke ist. Ebenso liegen von anderer Seite durchaus glaubwürdige Bestätigungen der englischen Meldungen vor, welche sogar wissen wollen, daß die Verhandlungen einen günstigen Fortgang nehmen; ja es verlautet, die britische Regierung habe nach Eingang eines ausführlichen Berichtes an Milner endgültige Anweisungen mit weitergehenden Zugeständnissen gesandt, jedoch ein Kompromiß wahrscheinlich geworden sei.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Dresden, 8. März. Eine tuberkulöse Kindsleuge, welche laut Gutachten des Fleischbeschauers nicht einmal als Hundefutter Verwendung finden konnte und deshalb von dem Beamten in die Abortgrube geworfen worden war, hat der Fleischermeister Ernst August Thomas in Weixdorf aus dem Abort wieder herausgefischt, gereinigt und an mehrere Kunden zu „sauren Flecken“ (!) verkauft! Die Frau des Thomas hat die ekelhafte, gesundheitschädliche Waare, die nach Angabe des würdigen Ehepaars „noch gar nicht so schlecht ausgefallen“ habe, in Stücke zerhackt und zum Theil verkauft. Die ruchlose That der Weiden, welche am Mittwoch vor dem hiesigen königl. Landgericht standen, hat glücklicher Weise keine nachtheiligen Folgen gehabt, weil die Lungenstücke schon beim Kochen derartig dufteten, daß der ganzen Familie der Appetit nach „sauren Flecken“ verging. Thomas erhielt 1 Jahr Gefängnis, seine Frau kam mit 6 Monaten davon.

— Dresden. Mit unglaublicher Rohheit behandelte der Unteroffizier Albin Max Hockard von der 7. Kompagnie des 1. sächs. Infanterie-Regiments Nr. 177 in Königstein über drei Monate lang seine aus Rekruten bestehende Korporalschaft. Der 1880 in Dohna geborene und in Marienberg erzogene Unteroffizier hatte sich vor dem Gerichte der 1. Division Nr. 23 in Dresden zu verantworten. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich Folgendes heraus: Unteroffizier Hockard hat die 12 Mann, seiner Korporalschaft nur mit „Du“ angeredet, sie großfreit, oft mit dem Gemeinvolken gestoßen, sie mit einer Kettel in die Beine gestochen, wenn sie keine genügende Anzahl Kellmätze machten